russischen Streitkräfte in Ostasien zur Zeit als wenig befriedigend bezeichnet werden muß. Zwar haben die bisherigen partiellen Schlappen der russischen Waffen keineswegs eine allgemeine Entmutigung der Truppen hervorgerufen; es läßt sich indes nicht ableugnen, daß sie auf die Offiziere wie auf die Mannschaften einen tiefschmerzlichen Eindruck gemacht. Jedoch zweifelt noch keiner am schließlichen Sieg Rußlands. Es hat sich indes erwiesen, daß die russischen Streitkräfte erst nach längerer Zeit denjenigen Japans werden gewachsen sein können, und daß alles, was über die durchgeführte Konzentration von 300 000 oder gar 400 000 Mann russischer Feldtruppen gemeldet worden ist, nur leeres Gerede gewesen. Hoch gerechnet befinden sich zur Zeit zwischen dem Baikalsee und Port Arthur-Wladiwostok 275 000 Mann aller Waffengattungen, und von diesen wird ein unverhältnismäßig großer Teil für die immer schwieriger sich gestaltende Bewachung der Eisenbahnlinien in Anspruch genommen; die zwischen Liao-yang und Mukden konzentrierte Truppenmacht, welcher die Aufgabe zufallen würde, dem etwaigen Ansturm der Japaner zu begegnen, dürfte sich auf kaum 80 000 Mann beziffern.

Das Zugeständnis, daß die Maßregeln, die auf russischer Seite zur Verstärkung der Landstreitkräfte getroffen werden könnten, völlig unzureichend sind, wird niemanden mehr überraschen. Man hat nun in Petersburg allerdings die Notwendigkeit eingesehen, Verstärkungen nach Ostasien zu senden, und es wurden hierzu das 10. Armeekorps in Charkow und das 17. Armeekorps in Tula ausersehen. Außerdem sollen auch die zu diesen beiden Korps gehörigen drei Reservebrigaden Nr. 51, 55 und 56 nach Ostasien abgehen. Die Mobilisierung dieser Truppen ist, wie die „N. Fr. Pr." mitteilt, eben im Zuge und dürfte nicht sobald beendet sein, so daß dieselben auch kaum vor zwei Monaten auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen sein werden.

Chinesische Justiz.

Nach einer über Petersburg kommenden Meldung aus Liaujang ließ ein chinesischer Verwaltungsbeamter dieser Tage mehrere Chinesen hinrichten, weil sie russenfreundlich gesinnt waren. Er überfiel ferner in Begleitung von fünfzehn Beamten und einer Abteilung Soldaten die russischen Steinkohlenwerke bei Port Arthur, um dort arbeitende Chinesen hinrichten zu lassen. Die russischen Arbeiter wurden entkleidet und davon gejagt. Sie mußten viele Werst laufen, bis sie schließlich in einem chinesischen Dörfchen aufgenommen wurden. Das Bergwerk wurde geplündert und 20 000 (?) Tonnen bester Steinkohlen verbrannt. Von der bei Schaathungfe zerstreuten Dschunkusenbande wurden 6 Gefangene von Chinesen hingerichtet. Die Bande war 100 Mann stark und feuerte mit Sprenggeschossen. 20 Mann wurden getötet.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 16. Mai.

* **Der Zusammenschluß der Arbeitgeber und die sozialdemokratischen Gewerkschaften.** Das Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaften erörtert unter der irreführenden Ueberschrift „Vor der Entscheidung" die Frage, wie die Gewerkschaften gegenüber dem Zusammenschluß der Arbeitgeber sich verhalten sollen. Die Ratschläge, welche das Organ der Generalkommission in dieser Beziehung gibt, bewegen sich in zwei Richtungen. Einmal empfiehlt das Gewerkschaftsblatt, daß die Arbeiterverbände, im angeblichen Gegensatz zu den Arbeitgebern, ihren Willen, entstehende Differenzen durch Vereinbarung zu schlichten, schärfer betonen sollen. Die Arbeiterverbände würden nicht nur, wie bisher, die Gewerbegerichte als Einigungsämter anrufen, sondern auch die Gewerbeinspektoren, die Bürgermeister, Bezirks- und Provinzialbehörden in die Lage der Friedensvermittler versetzen. Zum zweiten aber empfiehlt das Gewerkschaftsorgan die bessere Rüstung für den Kampf, Fernhaltung der Arbeitswilligen sei die eine Voraussetzung des Erfolges von Streiks, die andere Voraussetzung sei das Aufbringen ausreichender Streikmittel. Das Hauptziel in letzterer Hinsicht sei nicht die Schaffung einer einzigen Unterstützungszentrale für das ganze Reich, sondern die Stärkung der eigenen Gewerkschaftskasse. Hierüber sagt das Gewerkschaftsblatt u. a. wörtlich:

„Das System der örtlichen Beitragszuschläge, wie es in den größeren Verbänden eingeführt ist, müßte in allen Gewerkschaften heimisch werden. Vor allem aber müssen die Zentralkassen in der Lage sein, größere Kämpfe ausreichend unterstützen zu können. Unter diesen Umständen sollten es alle Gewerkschaften als Lebensfrage betrachten, bald tunlichst zu höheren Beiträgen überzugehen und für stark bewegte Zeiten Extrabeiträge zu erheben."

Daß auch die stärkste Gewerkschaft in die Lage kommen könne, die Mittel anderer Berufe in Anspruch zu nehmen, stellt das Gewerkschaftsorgan nicht in Abrede. Aber nach seiner Ansicht darf die Unterstützung der Arbeiterschaft aller Berufe in jedem Falle nur solchen Gewerkschaften zuteil werden, die selbst durch eigene Fonds für Lohnkämpfe und Aussperrungen sich gerüstet haben, und die Unterstützung darf, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht höher sein, als laufend die Gewerkschaft in ihren eigenen Berufskreisen aufzubringen vermag. Diese Frage der Unterstützung durch die Mittel anderer Berufe wird von den Gewerkschaften, wie das Organ der Generalkommission ankündigt, bald ernstlich in Beratung gezogen werden.

* **Marokko verloren?** Ein Mahnruf in letzter Stunde von Rechtsanwalt Cloß-Mainz, Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, so betitelt sich eine Flugschrift von 16 Seiten, in der der bekannte Verfasser, der durch seine „Bilanz des neuen Kurses" an der Hand der Tatsachen den Niedergang der deutschen Politik seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck in so klaren Linien gezeichnet hat, auf die Bedeutung Marokkos für die Zukunft des deutschen Volkes hinweist. Das deutsche Volk wird allein im Deutschen Reiche bald einen jährlichen Zuwachs von einer Million Seelen erreichen. Es muß Siedelungsgebiete erwerben, in denen der deutsche Auswanderer seinem Volkstum erhalten bleibt und nicht als Völkerdünger in fremden Völkern untergeht und unsere Wettbewerber stärkt. In Marokko war noch einmal, vielleicht das letzte Mal, für uns die Gelegenheit geboten, auf friedlichem Wege deutsches Siedelungsland zu erwerben, unsere Reichsregierung aber stand beiseite und wir mußten die Demütigung erleben, daß Frankreich und England uns so behandelten, wie man es vielleicht von Rechts wegen Spanien gegenüber getan hat. Cloß weist darauf hin, daß es für eine Beteiligung Deutschlands an der Aufteilung Marokkos doch noch nicht zu spät sei, wenn das deutsche Volk seine Stimme erhebe, wozu aber erforderlich sei, daß es über die Bedeutung Marokkos für unsere Zukunft aufgeklärt werde. Diesem Zwecke soll die erwähnte Flugschrift dienen.

* **Los von Rom im Deutschen Reiche.** In Oesterreich, Frankreich etc. gibt es protestantische Gemeinden, die nur oder fast nur aus Uebergetretenen bestehen. In Deutschland kommt Aehnliches kaum vor, die neu erbauten Kirchen in katholischen Gegenden sind für geborene oder zugezogene Evangelische, für Gewerbetreibende, deutsche Ansiedler im Osten oder für Sommerfrischler bestimmt. Trotzdem hat die römisch-katholische Kirche im Vaterlande Luthers, Goethes, Schillers im 19. und 20. Jahrhundert durch Mischehen, Uebertritte und Anderes große Verluste erlitten, wie auch der Jesuit H. Krose in den Stimmen aus Maria-Laach in den Jahrgängen 1900, 1902, 1903 teilweise anerkennt. Er gibt an, daß der Katholizismus in Baden 1825—90 rund 100 000 Seelen verlor; daß der Verlust für ganz Deutschland im 19. Jahrhundert mindestens 1 Million Seelen betrug, wovon über 300 000 auf die Zeit nach 1871 kamen; daß durch Mischehen in jüngster Zeit über 100 000 Kinder verloren gingen. Aehnliche Daten sind von Protestanten geliefert worden, z. B. vom Pfarrer J. Schneider in Elberfeld in dem sehr lesenswerten „Kirchlichen Jahrbuch", welches seit 1874 erscheint, jetzt im Verlage von O. Rippel in Hagen in Westfalen. 1890 bis 1900 stieg der Prozentsatz der ortsanwesenden, nicht der staatsangehörigen Katholiken von 357,6 auf 360,6 und zwar durch eine starke Einwanderung von Oesterreichern, Italienern, Polen, wie Krose und Schneider übereinstimmend anerkennen. Nach dem Letztgenannten wurden 1890—1900 46 600 Katholiken evangelisch und nur 6820 Evangelische katholisch. 1901 betrug die Zahl der Uebertritte von Katholiken 6500, so daß die Zahl von 50 000 längst überschritten ist. In Preußen stieg der Gewinn, den die evangelische Kirche aus den Mischehen zog, von 37 170 Kindern im Jahre 1885 auf 92 854 im Jahre 1900. Die erwähnte, 1903 erschienene Abhandlung Kroses behandelt die Konfessionsstatistik der Erde. Dasselbe Thema wurde 1903, etwas früher, vom Protestanten H. Zeller in Prof. G. A. Warnecks Allgemeiner Missionszeitschrift erörtert.

* **Das sozialdemokratische Scherbengericht** über die „Genossen" Bernhard, Göhre und Heine hat, wie wir schon mitteilten, einen Ausgang genommen, wie das Hornberger Schießen. Der Parteivorstand sieht sich indessen gleichwohl veranlaßt, die ergangenen Urteile mit Begründung im „Vorwärts" zu veröffentlichen, da kurze Mitteilungen darüber bereits in die Presse gelangt sind. Ursprünglich war geplant, die Schiedsprüche erst nach Abschluß des noch gegen den Genossen Braun schwebenden Verfahrens bekannt zu geben. Ueber die Fälle Bernhard und Heine teilen wir nach dem genannten Organ folgendes mit:

Anlaß zu dem Vorgehen gegen Bernhard D. gab sein Artikel „Parteimoral" in Hardens „Zukunft", der zugleich zum Ausgangspunkt für eine Bewegung wurde, die die Mitwirkung der Parteigenossen an bürgerlichen Blättern einschränken wollte. Auf dem Dresdner Parteitag gab Bernhard den ganzen Artikel preis, vor dem Schiedsgericht aber nur die Form, ein Widerspruch, in dem das Schiedsgericht keine ehrliche Gesinnung, wohl aber eine wenig gefestigte Ueberzeugung erblickt. Betreffs der weiteren Anklage, die sich auf einen Brief Bernhards an Harden gründet, gelangte das Schiedsgericht zu der Ueberzeugung, daß die persönliche Meinung Bernhards über die angebliche Intoleranz Kautskys an sich nicht die Bedeutung habe, die ihr von der Anklage beigemessen werde. Zu tadeln sei nur, daß eine derartige Aeußerung einem politischen Gegner gegenüber gemacht worden sei. Zwei weitere Punkte der Anklage betreffen die Konspiration und das Bestreben, die literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen. Hier hielt das Schiedsgericht nicht für erwiesen, daß „Bernhard gemeinsam mit andern konspiriert und komplottiert hat zu dem Zweck, den Genossen Mehring auf dem Parteitag zu überfallen und dessen literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen; unzweifelhaft ist aber, daß durch das Vorgehen Bernhards allein das Ansehen der Partei und einzelner Parteigenossen erheblich geschädigt wurde". Bei der Behauptung von der Diktatur Mehrings in der „Leipz. Volksztg." hat sich Bernhard nach Ansicht des Schiedsgerichts in einem entschuldbaren Irrtum befunden.

Vielleicht tut nun auch Bernhard den Obergenossen den Gefallen, ihnen eine Ehrenerklärung auszustellen.

— Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat angeordnet, daß als Baupersonumerar in der allgemeinen Bauverwaltung auch diejenigen Personen zugelassen werden dürfen, welche das Reifezeugnis oder das Abgangszeugnis (nicht den Abgangsschein) der Abteilung C (Bauabteilung) der Königlichen Gewerbeakademie in Chemnitz besitzen, sofern sie den sonstigen Annahmebedingungen genügen.

— Statistik der Reichstagswahlen. Von der im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten „Allgemeinen Statistik der Reichstagswahlen von 1903" ist nunmehr auch der zweite Teil als besonderes Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs 1904 I. erschienen. Derselbe behandelt die Frage, wie sich die abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Ortsgrößenklassen verteilen, wobei Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, Gemeinden mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern und endlich Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und darüber unterschieden werden. Außerdem ist die Wahlstatistik der 34 Großstädte noch besonders aufgestellt. Dem 116 Quartseiten umfassenden Heft ist eine graphische Darstellung beigegeben, welche in 11 Farben den Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen und erzielten Majoritäten im Reich seit 1871 veranschaulicht. Die Statistik umfaßt auch die bis zum 18. März d. J. stattgehabten neun Ersatzwahlen.

* **Königsberg i. Preußen,** 16. Mai. Wie die „K. Volksztg." erfährt, ist am vergangenen Sonnabend die Voruntersuchung in den Hochverratsprozesse abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter übergab die Akten nunmehr der Staatsanwaltschaft.

* **Frankfurt a. d. O.,** 16. Mai. Die Provinzialgruppe Berlin-Mark Brandenburg des Deutschen Flottenvereins, der gestern hier eine ordentliche Delegiertenversammlung abhielt, sprach nach dem Bericht über die Tagung in Dresden dem bisherigen Vorstande, der sich veranlaßt gesehen habe, sein Amt in die Hände der Leitung zurückzulegen, aufrichtigen Dank und volles uneingeschränktes Vertrauen aus und wählte denselben durch Zuruf einstimmig wieder.

* **Hamburg,** 16. Mai. Die Einigungsversuche im Brauereiarbeiter-Ausstande sind gescheitert. Die Gewerkschaftskartelle innerhalb des Ausstandsgebietes Hamburg-Altona-Wandsbek und Umgegend haben über 22, dem Versicherungsverbande angehörende Brauereien außer der Sperre auch noch den Boykott verhängt. — Heute früh ist der Ausstand der Fracht- und Blockwagen-Kutscher in Hamburg-Altona-Wandsbek verkündet worden. Ein Ausstand der Straßenbahner steht bevor.

* **Stuttgart,** 15. Mai. Als Nachtrag zu dem Bericht über die Ulmer Versammlung des württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins und die dort gepflogenen Erörterungen über den Zeugniszwang der Redakteure diene der Hinweis darauf, daß die württembergische Strafprozeßordnung vom Jahre 1868 im Artikel 143, 2 bestimmt: „Verweigern können das Zeugnis Drucker, Verleger und Redakteure in Bezug auf die Person des Verfassers, Herausgebers oder Einsenders von anonymen Druckschriften oder sonstigen Veröffentlichungen durch die Presse, soweit sie die Verantwortung bezüglich des durch die Veröffentlichung begangenen Vergehens nach dem Gesetz übernehmen." Damit ist allerdings nur ein Teil des Zeugniszwanges beseitigt. Die Vergehen, welche etwa von Beamten nicht durch die Veröffentlichung begangen sind, sondern durch die bloße Mitteilung begangen sind, bleiben auch hierin außer Betracht. Immerhin war die württembergische Strafprozeßordnung liberaler als das heutige Reichsgesetz, und die Beseitigung dieser Bestimmung ist ebenso wie der Wegfall der Schwurgerichte für Preßvergehen ein schwerer Preis, den Württemberg für die Einheit des Rechts hat zahlen müssen.

Heer und Flotte.

Die neue Rangliste der Königlich Preußischen Armee und des XIII. (Königlich Württembergischen) Armeekorps für 1904, mit den Dienstalterslisten der Generale und der Stabsoffiziere und einem Anhange, enthaltend das Reichsmilitärgericht, die Ostasiatische Besatzungsbrigade, die Marine-Infanterie, die Kaiserlichen Schutztruppen und die Gendarmerie-Brigade in Elsaß-Lothringen, ist soeben im Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW. 12, erschienen. (Preis geh. 7,50 ℳ, in Pappband 8,50 ℳ, in Leinwandband 9 ℳ.) Sie wird bekanntlich als einzig amtliche Ausgabe in der Geheimen Kriegs-Kanzlei redigiert und schließt in diesem Jahre mit dem Stand vom 1. Mai ab. Gleichzeitig liegt auch die im Marine-Kabinett redigierte **neue Rangliste der Kaiserlich Deutschen Marine** für das Jahr 1904 vor (geh. 2,50 ℳ, in Leinwandband 3,25 Mark), sowie die **Rangliste von Beamten der Kaiserlich Deutschen Marine** 1904 (geh. 2 ℳ, in Leinwandband 2,60 ℳ). Nicht nur bei der Armee und Marine, sondern auch im öffentlichen Verkehr und geschäftlichen Leben befinden sich diese wichtigen Nachschlagebücher täglich in Benutzung und seien bei ihrem Neuerscheinen wieder bestens empfohlen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Graf Goluchowski über die auswärtige Lage.** Im Auswärtigen Ausschusse der österreichischen Delegation gab Graf Goluchowski folgende Darlegung der politischen Lage: Die politische Lage hat seit der letzten Session der Delegation kaum eine nennenswerte Veränderung erfahren. Wenn ich die Beziehungen sowohl zu unsern verbündeten als auch allen übrigen Mächten, insbesondere zu Rußland, als ganz vortrefflich bezeichne, so illustriere ich damit auf das getreueste den erfreulichen Zustand der Monarchie nach außen hin. Die im jüngsten Exposé erwähnten bedauerlichen Treibereien in Italien dürften bei der streng bundesfreundlichen Haltung der jetzigen italienischen Regierung der Vergangenheit angehören. Meine Begegnung in Abbazia mit dem italienischen Minister des Aeußern Tittoni hat mich in der Erkenntnis bestärkt, daß man in Rom die Pflege inniger und vertrauensvoller Beziehungen nicht minder hoch bewertet als hier, in der Erkenntnis der Notwendigkeit loyaliter Gegenseitigkeit. Meine Aussprache mit dem Minister Tittoni hat sich im Rahmen jener konservativen Grundsätze bewegt, welche unsere Politik fortdauernd beherrschen und die sich auch Italien speziell hinsichtlich der Balkanfragen zu eigen gemacht hat. Hierin liegt eine nicht zu unterschätzende Friedensbürgschaft und eine vermehrte Garantie für eine ruhige Entwickelung der Zustände unseres Kontinents. Die jüngste Verständigung zwischen England und Frankreich bildet ein weiteres Glied in der Kette der Abmachungen, die den friedlichen Zusammenschluß der europäischen Mächte fester schmieden soll. Diesen erfreulichen Erscheinungen gegenüber steht der vom humanitären Standpunkt betrübende Kampf im fernen Osten, der mit Rücksicht auf seine unermeßbare Dauer und die wirtschaftliche Depression, die er im Gefolge haben dürfte, auch für die nicht direkt Beteiligten empfindlich zu werden droht. Zu der unvermeidlichen Stockung im freien Handelsverkehr gesellt sich in diesem Falle die ungewöhnliche Ausdehnung, welche die Kriegführenden dem Begriffe „Kriegskontrebande" beilegen, was auf den internationalen Handel tief eingreifend wirkt, so daß es sich vielleicht empfehlen würde, dem Uebelstande im Einvernehmen der Mächte durch Festsetzung gewisser Normen für die Zukunft zu steuern. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird dem Konflikte gegenüber strenge Neutralität einhalten. Da auch die anderen Mächte eine gleiche Haltung eingenommen haben, kann darauf gerechnet werden, daß der Kampf lokalisiert bleiben und keine gefahrvollen Komplikationen zur Folge haben wird. Günstig und erfreulich dürfen die Fortschritte der Reformaktion in jüngster Zeit auf dem Balkan genannt werden. Trotz der beständigen Schwierigkeiten, denen wir von türkischer Seite auf Schritt und Tritt begegnet sind und die mit nicht geringem Aufwand von Geduld und Zähigkeit erst bewältigt werden mußten, ist es gelungen, die Organisation der Gendarmerie in das Stadium praktischer Ausführung zu bringen. Wir sind entschlossen, mit nicht geringerer Zähigkeit und Energie die Durchführung aller übrigen Punkte des Mürzsteger Programms zu verfolgen. Wir betrachten es, gleich Rußland, als eine Ehrenpflicht, der von den Mächten anvertrauten Mission im vollsten Maße gerecht zu werden, und dürfen hoffen, daß die Türkei uns diese Aufgabe nicht weiter erschweren wird. Eine wichtige Aufgabe erwächst meinem Ressort in den nunmehr beginnenden, teilweise bereits begonnenen Verhandlungen mit den fremden Staaten über den Abschluß neuer Handelsverträge. Zunächst stehen jene mit Deutschland und Italien auf der Tagesordnung, wobei nicht unerhebliche Schwierigkeiten noch zu beheben sind, bevor eine sichere Basis gefunden wird, auf welcher der Aufbau unserer zukünftigen kommerziellen Beziehungen zu diesen beiden Nachbarreichen erfolgen kann. Ich sehe indessen dem Ausgange dieser Arbeit vertrauensvoll entgegen, da die Erlangung normaler Verhältnisse zu sehr im allseitigen Interesse liegt, um mit allen Kräften die Ausgleichung der bestehenden Differenzen herbeizuführen. Selbstverständlich ist von allen Seiten Entgegenkommen nötig, um einen Zustand anzustreben, der künftig allen nicht verständlichen Interpretationen vorbeugt und die Stabilität in den kommerziellen Transaktionen sichert. Wir schreiten ans Werk, frei von Engherzigkeit und kleinlicher Pedanterie, aber entschlossen, für unsere vitalen Interessen mit vollem Nachdruck und unerschütterlicher Festigkeit einzutreten.

Vorzugs-Preise.

Soweit der Vorrath reicht.

Erna
Sackpaletot aus schwarzem Corkscrew mit farbigem Samtkragen
Mk. 18.— 14.—

Hermine
Blousenjacket aus schwarzem Corkscrew mit farbigem Samtkragen, Goldsoutachirung und Bandschleife
Mk. 12.— und 10.—

Dora
Sackpaletot aus schwarzem Corkscrew mit schwarzen Taffetblenden
Mk. 18.— und 15.—

Frida
Blousenjacket aus schwarzem Corkscrew mit farbigem Westeneinsatz und breitem Revers, ganz auf Seide
Mk. 19.—

Soweit der Vorrath reicht.

Grösste Auswahl *in* **Costümen, Reise-** *und* **Staubmänteln, Spitzenkragen, Costümröcken, Blousen, Knaben-** *und* **Mädchengarderobe.**

Mäntelfabrik Franz Ebert Thomasgasse.